



Seite 2:
In Sachen saubere Luft:
Parteipolitik belastet das
Klima



Seite 4:
In Sachen KiTa-Gebühren:
Gerechtere Beitragsstufen
einführen

■ **Seite 3**
Beschlissen:
100 neue Plätze im
Offenen Ganzttag



■ **Seite 4**
Beantragt:
Umbau Loher Kreuz



■ **Seite 6**
Begrüßt:
Stärkung der freien
Kultur in Wuppertal



Beschlossen: Eckpunkte zur Schulentwicklungsplanung 2018-2022

„Das vorliegende Eckpunktepapier zur Schulentwicklungsplanung ist nichts weniger als das größte Investitionsprogramm für Schulen in der Wuppertaler Nachkriegsgeschichte. 145 Millionen Euro kommunaler Gelder werden in den Ausbau von Schulen investiert. Wir freuen uns sehr, diese so wichtigen Investitionen nun auf den Weg bringen zu können“, so Renate Warnecke, Vorsitzende des Ausschusses für Schule und Bildung.

Zweite Phase wird folgen
„In der letzten Ratssitzung hat Schuldezernent Stefan Kühn auch gleich darauf

hingewiesen, dass die Prognosen für die Schülerzahlen weiter ansteigend sind und wir in wenigen Jahren eine zweite Phase der Schulentwicklungsplanung einleiten müssen. Wenn man dies nun gemeinsam mit den gewaltigen Investitionen im KiTa-Bereich betrachtet, dann kann man mit Fug und Recht behaupten: Größte Priorität in unserer Stadt liegt im Bereich Bildung, Bildung und nochmals Bildung“, so Warnecke weiter.

„Auf Basis dieses Eckpunkteplans können nun Investitionsentscheidungen getroffen werden,

und die Fachverwaltung wird damit in die Lage versetzt, den eigentlichen Schulentwicklungsplan aufzustellen.

Quantitative und qualitative Verbesserung

Hiermit ist nicht nur eine ordentliche quantitative Verbesserung des schulischen Angebotes verbunden, sondern auch eine qualitative. So ist jede Investition im Grundschulbereich gleichzeitig auch mit einem Ausbau des Offenen Ganztages verbunden. Darüber hinaus werden zusätzliche Kapazitäten für den Bereich Gemeinsames Lernen und für Seitenein-

Fortsetzung auf S.2



Das Schulzentrum Süd: Auf steigende Schülerzahlen und weitere Herausforderungen, die auf diese und alle anderen Schulen zukommen, wird der Schulentwicklungsplan die richtigen Antworten geben.

In Sachen saubere Luft: Parteipolitik belastet das Klima

„Wer, wie die Grünen, das Thema ‚Stickstoffdioxidbelastung‘ auf dem Lagerfeuer der Parteipolitik kocht, leistet keinen Beitrag zur Problemlösung. Vielmehr ist dies ein Beitrag, der schlichtweg kontraproduktiv ist“, führt Sedat Ugurman, verkehrspolitischer Sprecher, aus.

Verantwortung liegt bei Automobilindustrie

Volker Dittgen, Vorsitzender des Verkehrsausschusses, ergänzt: „Wer behauptet, es gäbe neben Fahrverboten kurzfristig umsetzbare Maßnahmen

zur Reduzierung der Luftbelastung durch Diesel-Fahrzeuge, der verschließt die Augen vor der Lebenswirklichkeit. So zu tun, als wäre die Stadt Wuppertal für die jetzige Situation verantwortlich, ist unredlich. Oberbürgermeister Andreas Mucke hat sehr deutlich die Verantwortlichen benannt: Die Automobilindustrie.“

OB gestaltet im Rahmen der Möglichkeiten

Entsprechend könne es sich Oberbürgermeister Andreas Mucke nach

Ansicht der beiden sozialdemokratischen Verkehrspolitiker Dittgen und Ugurman einfach machen und sich mit Verweis auf die eigentlich Verantwortlichen zurücklehnen. Das tue er aber nicht. Er übernehme Verantwortung und gestalte im Rahmen der Möglichkeiten der Kommune. Intelligente Ampelschaltungen, weitere Modernisierung der WSW-Busflotte, Anpassung der Müllabfuhr durch Optimierungen der Logistik seien einige Beispiele hierfür.

„Den OB und die gesamte Verwaltung dafür zu kritisieren, ist unlauter“, so Sedat Ugurman.

Diverse Maßnahmen sind in Arbeit

Volker Dittgen, Vorsitzender des Verkehrsausschusses, ergänzt: „Wir arbeiten längst an Maßnahmen wie dem Radverkehrskonzept, dem Nahverkehrsplan und der

Klammer dieser Teilprojekte: Einem nachhaltigen Mobilitätskonzept, welches übrigens nicht erst 2030 fertig sein wird sondern mit Blick auf diesen Zeitraum Perspektiven unserer nachhaltigen Mobilitätspolitik aufzeigen soll.“

Kritiker sollen konkrete Maßnahmen benennen

„Von denjenigen, die für sich reklamieren, Fahrverbote verhindern zu wollen und den Oberbürgermeister und unsere Fraktion kritisieren, es gäbe sehr wohl kurzfristig umsetzbare Maßnahmen, wünsche ich mir endlich den Mut zu sagen, dass sie im Grunde äußerst restriktive Eingriffe beschließen wollen, was einem Fahrverbot gleichkäme“, ergänzt Sedat Ugurman abschließend.



© fotolia.de



Fortsetzung von S.1

steigerklassen geschaffen. Das wird die Situation an den Wuppertaler Schulen deutlich verbessern“, sagt Servet Köksal, Mitglied im Ausschuss für Schule und Bildung.

G9 erfordert zusätzliche Räumlichkeiten

„Unterm Strich bleibt dennoch festzuhalten: Die Stadt kann kaum so schnell Schulraum ausbauen, wie er tatsächlich

benötigt wird. Bei den weiterführenden Schulen spielen nicht nur die steigenden Schüler- und Schülerinnenzahlen eine Rolle, sondern natürlich auch die Rückkehr der Gymnasien zu G9. Auch hierfür werden zusätzliche Raumkapazitäten benötigt.

Neue weiterführende Schule bringt nur mit sechs Zügen deutliche

Entlastung

Vor dem Hintergrund, dass seit Jahren mehr als 450 Schülerinnen und Schüler an einer weiterführenden Schule im Osten unserer Stadt abgelehnt und umverteilt werden müssen, kann man dort doch nur eine Antwort geben: Die Errichtung einer neuen sechszügigen Schule. Alles andere würde die Situation nicht entschärfen“.

Änderungsantrag der FDP nicht zielführend

„Aus diesem Grunde, und weil wir der Meinung sind, dass der Bereich Rott sehr wohl einen weiteren Grundschulstandort benötigen wird, haben wir den Änderungsantrag der FDP abgelehnt und der Verwaltungsvorlage sehr gerne zugestimmt“, ergänzt Warnecke abschließend.

Personalentwicklung eng begleiten



Für eine funktionierende Verwaltung muss die Personalentwicklung an die sich verändernden Rahmenbedingungen fortlaufend angepasst werden.

© fotolia.de

„Wir begrüßen, dass die Verwaltung ihr Konzept für Personal- und Organisationsentwicklung ausführlich im Finanzausschuss vorgestellt und auch zur Beratung in den

Hauptausschuss und in den Rat eingebracht hat.

Substantielle Veränderungen

In der Natur der Sache liegt es, dass maßgeb-

liche Prämissen des Konzeptes, wie der demografische Wandel und die Digitalisierung, unweigerlich substantielle Veränderungen zur Folge haben werden“, erklärt Klaus Jürgen Reese, SPD-Fraktionsvorsitzender.

Veränderungen konstruktiv und kritisch begleiten

Der stellvertretende Fraktionsvorsitzende Servet Köksal ergänzt: „Das Konzept umschreibt zunächst richtigerweise die Veränderungen, die die Verwaltung in den letzten Jahren erfahren hat. Diese Veränderungen waren besonders durch den Hintergrund der Finanzsituation der Stadt Wuppertal geprägt. Die folgenden Schlussfolgerungen aus

den heute absehbaren Veränderungen für die Kolleginnen und Kollegen der Verwaltung sind nach meiner Ansicht zutreffend. Das Hauptaugenmerk der Politik wird es sein, diese Veränderungen konstruktiv aber auch kritisch zu begleiten. Auch solche Instrumente, wie zum Beispiel das Wissensmanagement und ein fortlaufendes Coaching und Mentoring, müssen den sich verändernden Rahmenbedingungen angepasst werden. Dieses gilt ebenso für solche Instrumente wie die der Fremdvergabe und Eigenleistung. Wir erwarten, dass die Verwaltung über diesen Prozess alle sechs Monate berichten wird.“

100 zusätzliche OGS-Plätze ab dem Schuljahr 2018/19

„Auch im Schuljahr 2018/19 schreitet der Ausbau im Offenen Ganztags (OGS) an den Grundschulen in Wuppertal weiter voran. Allerdings können auch diesmal nur solche Schulen berücksichtigt werden, an denen der OGS-Ausbau ohne größere bauliche Erweiterungsmaßnahmen möglich ist. Das ist zwar eine Einschränkung, macht aber deutlich, dass die Stadt kontinuierlich und im Rahmen ihrer begrenzten Handlungsoption alles daran setzt, den Ausbau im Ganztags weiter voranzutreiben“, so Renate Warnecke, Vorsitzende des Jugendhilfeausschusses (JHA).

Bald 500 neue Plätze
„Mit der Einrichtung vier zusätzlicher OGS-Gruppen können unmittelbar nach den Sommerferien 100 Kinder zusätzlich einen Platz im Offenen Ganztags erhalten. Durch

die geplanten Sanierungs- und Baumaßnahmen an fünf weiteren Grundschulstandorten werden in naher Zukunft insgesamt 500 OGS-Plätze mehr zur Verfügung stehen. So wird neben der

neuen Ganztagsgrundschule in Wichlinghausen der Offene Ganztags an der Grundschule Hainstraße eingeführt, die Betreuungsplätze an der Grundschule Haselrain ausgeweitet, und auch an der Peterstraße und der Nathrather Straße werden nach der Sanierung weitere OGS-Plätze eingerichtet“, führt Heiko Meins, Mitglied im JHA, weiter aus.

„In Sachen Ganztagsbetreuung sind wir also insgesamt auf einem guten Weg – nicht zuletzt auch Dank des Förderprogramms ‚Gute Schule 2020‘“, so Warnecke abschließend.



© fotolia.de

Umbau Loher Kreuz beantragt

„Besonders für den nicht-motorisierten Verkehr ist die Verkehrsabwicklung am Loher Kreuz verbesserungswürdig. Deshalb haben wir beantragt, dass hier in die Planungen für einen zeitgemäßen Umbau eingestiegen wird. Der Verkehrsausschuss hat unserem Antrag einstimmig zugestimmt“, erklärt Sedat Ugurman, verkehrspolitischer Sprecher der Fraktion.

Erhebliche Veränderungen

In dem Antrag wird ausgeführt: „Die Verkehrsführung im Bereich des sog. Loher Kreuzes basiert besonders bei der Abwicklung der fußläufigen Verkehre im Grundsatz auf Baumaßnahmen der 1950er und 1960er Jahre. Durch den Neubau der Junior Uni, die Umgestaltung des Umfelds der Unterbarmer Hauptkir-

che, der Neugestaltung des Spiel- und Freizeitgeländes Loher Straße und der Verlagerung von Einrichtungen des Einzelhandels hat gerade der fußläufige Verkehr in diesem Bereich erhebliche Veränderungen erfahren.“

Barrierefreiheit gewährleisten

Volker Dittgen, Vorsitzen-

der des Verkehrsausschusses, ergänzt abschließend: „Besonders die Unterführung für die Fußgänger ist nicht barrierefrei, stellt einen Angstraum dar und ist als ehemalige Erschließung der Straßenbahnhaltestelle ungeeignet, diese fußläufigen Verkehre zu bewältigen.“

Funktion als Ausweichstrecke entfällt

Bis zum Abschluss der Umgestaltung des Döppersbergs wurde die Loher Straße als eine Ausweichstrecke vorgehalten. Aufgrund der veränderten Verkehrsströme und da diese Funktion als mögliche Ausweichstrecke entfällt, wollen wir dieses Thema voranbringen.“



Das Loher Kreuz: Vor allem die Unterführung für Fußgänger stellt einen Makel dar.

Nachgefragt: Öffentliche Toiletten im Stadtgebiet



Relikt aus Urgroßvaters Zeiten: Das Toilettenhäuschen für Männer an der Kohlstraße.

„Die wenigen öffentlichen Toilettenanlagen, die im Wuppertaler Stadtgebiet noch im Betrieb sind, sind in keinem guten Zustand“, begründet Jannis Stergiopoulos, Stadtverordneter und Mitglied im Ausschuss für Ordnung, Sicherheit und Sauberkeit, die Initiative seiner Kleinen Anfrage an Oberbürgermeister Andreas Mucke. „Mich interessiert neben den Reinigungsintervallen und den damit verbundenen Kosten vor allen Dingen, ob konkrete Sanierungsmaßnahmen

geplant sind bzw. ob die Stadt auch schon über alternative Betreibermodelle nachgedacht hat. Andere Städte haben mit Sicherheit ähnliche Probleme mit ihren öffentlichen Toilettenanlagen bzw. hatten diese und haben vielleicht schon einen gangbaren Weg gefunden, an dem die Stadt Wuppertal sich ein Beispiel nehmen könnte“, so Stergiopoulos abschließend. Flankiert wird die Initiative durch einen Antrag



unserer Fraktion in der nächsten Sitzung des Seniorenbeirates. Hier beantragen wir, dass die Verwaltung schnellstmöglich ein Konzept erarbeitet, wie eine möglichst flächendeckende Versorgung öffentlich zugänglicher, barrierefreier Toilettenanlagen in den Wuppertaler Einkaufszentren gewährleistet werden kann.

100 Jahre Frauenwahlrecht: Ehrung für SPD-Frau Thekla Landé beantragt

„Wir möchten, dass die Sozialdemokratin Thekla Landé, die 1919 als eine der ersten Frauen in den Elberfelder Stadtrat gewählt wurde, ein bleibendes Andenken im Rathaus Elberfeld erhält“, erklärt Klaus Jürgen Reese, Vorsitzender der SPD-Ratsfraktion, einen entsprechenden Antrag seiner Fraktion, der im Ausschuss für Gleichstellung beschlossen wurde.

Wuppertaler Pionierin der Gleichberechtigung von Frau und Mann.

Auch Bürgermeisterin Ursula Schulz, gleichstellungspolitische Sprecherin

der SPD-Fraktion, unterstreicht die Bedeutung und Tragweite des vor hundert Jahren eingeführten allgemeinen und gleichen Wahlrechtes, welches Frauen neue Möglichkeiten zur Teilhabe am politischen Leben ermöglichte. „Thekla Landé war eine Wuppertaler Persönlichkeit, deren politische Anstrengungen auch für die Gleichberechtigung von Frauen und Männern weit über die Stadtgrenzen hinaus wirkten. Die 100-jährige Wiederkehr der Einführung des allgemeinen und gleichen Wahlrechtes und dem damit verbundenen

Einzug von Thekla Landé in den Elberfelder Stadtrat im Jahr 1919 soll mit der Umsetzung des Beschlusses eine angemessene Würdigung erhalten.“

Wichtiger Meilenstein im andauernden Gleichberechtigungsprozess.

„Das Inkrafttreten des Reichswahlgesetzes im November 1918, das Frauen wie Männer zur Wahl berechtigte, ist einer der wichtigen Meilensteine für die Gleichberechtigung von Frauen und Männern in unserer Gesellschaft. Mit einer bleibenden Ehrung Thekla Landés im Elberfelder



Eine der ersten Frauen im Elberfelder Stadtrat ab 1919: Thekla Landé.

Foto: wikimedia.org

Rathaus möchten wir das noch einmal unterstreichen“, betont Klaus Jürgen Reese abschließend.

Startschuss Engelsjahr 2020

„Es war eine gelungene Auftaktveranstaltung zum Engelsjahr 2020“, freut sich Bürgermeisterin Ursula Schulz, kulturpolitische Sprecherin der SPD-Ratsfraktion. „Zu diesem ‚Startschuss‘ in der prall gefüllten Remise des Historischen Zentrums, zu dem die Stadtverwaltung alle interessierten Wuppertalerinnen und Wuppertaler eingeladen hatte,

versammelten sich eine Vielzahl von Vertretern u.a. aus Wissenschaft, Kultur und Politik.“

Engels-Themen aufgreifen und Ideen umsetzen

„Ziel war und ist es, für das Engelsjahr 2020 verschiedenste Themenkomplexe rund um den Universalgelehrten Friedrich Engels zusammenzuführen, neu zu mischen,

Aktivitäten zu bündeln und weitere Ideen für das Programm rund um den 200sten Geburtstag des weltberühmten Wuppertalers zu finden“, führt Ursula Schulz weiter aus.

Wuppertalerinnen und Wuppertaler sollen ‚ihren‘ Engels kennenlernen

„Die große Aufgabe aller Akteure wird sein, möglichst viele Wuppertalerinnen und Wuppertaler für Friedrich Engels zu interessieren, sie zu erreichen und mitzunehmen. Denn Friedrich Engels Wirken betrifft, wie das keines anderen Wuppertalers, bis in die heutige Zeit hinein Jung und Alt, alle sozialen Schichten und ein weites Themenspektrum, in dem sich jeder wiederfinden kann.“

Brücken in die Gegenwart schlagen

„Mit Themen, wie z.B. der Sozialen Frage, können leicht Brücken aus Engels Zeit der Frühindustrialisierung in die Gegenwart und zur eigenen Lebenswirklichkeit geschlagen werden. Trotz allem wird es eine anspruchsvolle Aufgabe sein, die bisherigen Ideen und Überlegungen in die Praxis umzusetzen, einer breiten Öffentlichkeit zugänglich zu machen und Engels für alle Wuppertalerinnen und Wuppertaler im wahrsten Sinne ‚greifbar‘ und erlebbar zu machen. Wir hoffen sehr, dass uns das gemeinsam gelingen kann“, sagt Bürgermeisterin Ursula Schulz abschließend.



The screenshot shows the homepage for the Engelsjahr 2020 initiative. It features a header with the Wuppertal logo and navigation links. A central banner includes a portrait of Friedrich Engels and the text 'Engels2020'. Below the banner, there is a section titled 'Zum 200. Geburtstag - Das Engels-Jahr 2020' with a brief description of the commemorative activities. A sidebar on the left lists navigation options like 'Startseite', 'Kultur & Bildung', and 'Engels 2020'. A contact section on the right lists names and phone numbers.

Die Stadt Wuppertal hat eigens eine Homepage für das Engelsjahr 2020 eingerichtet. Quelle: Stadt Wuppertal

Da müssen wir ran: Gerechtere Beitragstufen bei den Kitagebühren einführen

„Unser Fachbereich Jugendhilfe befasst sich schon seit einiger Zeit mit dem Thema Elternbeitragsstufen. Dazu haben wir die Elternbeiträge mit denen anderer Städte verglichen und sind zu dem Schluss gekommen, dass eine feinere Abstufung durchaus sinnvoll ist. Es müssen ja nicht gleich wie in Bochum 15 Einkommensstufen sein. Aber vor allem im mittleren Bereich erscheinen uns die Schritte zwischen 35.000 und 50.000 Euro sehr groß. Gerade hier macht es für die Betroffenen einen riesen Unterschied, ob sie ein Jahreseinkommen von 35.001 Euro zur Verfügung haben oder 49.999 Euro. An beiden Enden werden 76 Euro monatlich



fällig. Für eine solch große Einkommensspanne die gleiche Gebühr anzusetzen, erscheint uns nicht gerecht“, so Renate Warnecke, Vorsitzende des Jugendhilfeausschusses.

Land in der Pflicht

„Die aktuelle Beitrags-

tabelle für Kitagebühren durch einige Stufen zu erweitern, würde aus unserer Sicht ganz klar zu mehr sozialer Gerechtigkeit führen“, bestätigt auch Dilek Engin, Mitglied im Jugendhilfeausschuss. „Allerdings sehen wir beim Thema Kitagebühren auch ganz klar das

Land in der Pflicht. Die neue Landesregierung hat zugesagt, dass sie die Kitagebühren abschaffen will. Rot-Grün hat 2011 das letzte Kindergartenjahr für NRW gebührenfrei gemacht. Das waren gute Nachrichten für alle Eltern, aber auch ein Kraftakt für das Land NRW, der mit mehr als 100 Millionen Euro jährlich zu Buche schlägt. Wir gehen davon aus, dass die neue Landesregierung ihre Zusage auch einhalten wird. In der Zwischenzeit werden wir auf kommunaler Ebene dafür sorgen, dass die Abstufungen in der Beitragstabelle besser an die jeweilige Einkommenssituation der Eltern angepasst werden“, so Engin abschließend.

SPD-Fraktion begrüßt Stärkung der freien Kultur

„Wir begrüßen es sehr, dass das Kulturzentrum Immanuel e.V. sowie das Projekt BürgerBahnhof des Bürgervereins Vohwinkel e.V. von den zusätzlichen Mitteln, die auf den gemeinsamen Haushaltsantrag von SPD und CDU hin im aktuellen Haushaltsplan Berücksichtigung finden, profitieren können“, erklärt Bürgermeisterin Ursula Schulz, kulturpolitische Sprecherin der SPD-Ratsfraktion, zu den entsprechenden Vorschlägen der Verwaltung in der letzten Sitzung des Kulturausschusses.

Wichtige finanzielle Unterstützung für zwei

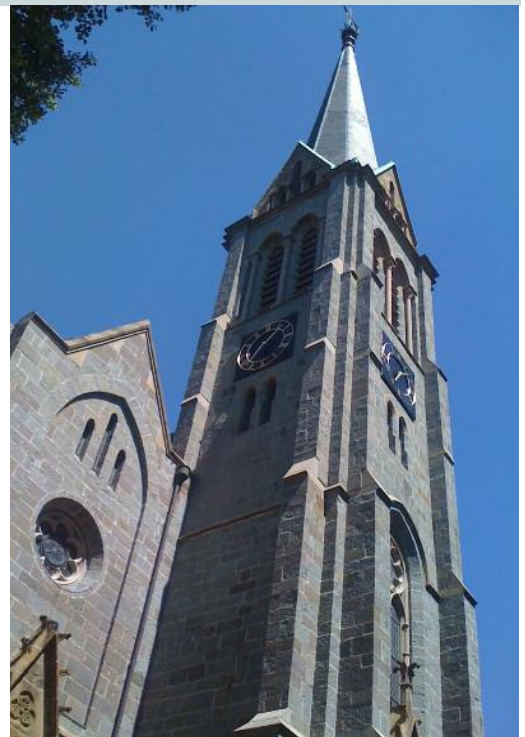
Vereine der freien Kulturszene

Diese sehen, zunächst von 2018 bis 2021, institutionelle Förderungen von 20.000 Euro pro Jahr für das Kulturzentrum Immanuel e. V. und 5.000 Euro pro Jahr für den Bürgerverein Vohwinkel e.V. vor.

Stadtteile im Osten und Westen werden gestärkt

„Beide Vereine sind herausragende Vertreter unserer vielfältigen freien Kulturszene in Wuppertal, die durch großes bürgerschaftliches Engagement getragen werden. Auch hinsichtlich der Quartiersentwicklung in Oberbarmen und Vohwinkel

sind diese beiden Einrichtungen unbedingt zu erhalten. Die Bereitstellung der finanziellen Mittel stärkt so die Arbeit der Vereine der freien Kulturszene und damit natürlich auch die Stadtteile selbst. Das ist ein wichtiges Zeichen für diese Quartiere“, erklärt Bürgermeisterin Ursula Schulz.



Profitiert u.a. von den zusätzlichen Mitteln: Die Immanuelskirche in Oberbarmen.

Nachhaltig: Energiegewinnung aus Abwasser

„Die Wärme des Abwassers für die Heizung und Kühlung von Gebäuden zu nutzen, ist ein sinnvoller und nachhaltiger Plan des Wuppertaler Gebäudemanagements (GMW), der nun zunächst beim Umbau des Historischen Zentrums Anwendung finden soll. Die aktuelle Umbausituation und die Lage in der Nähe eines Haupt-Schmutzwassersammlers machen das Areal um das Engelshaus zu einem idealen Startpunkt für das innovative Projekt des GMW“, erklärt Frank Lindgren, umweltpolitischer Sprecher der SPD-Ratsfraktion. „Das Abwasser - z.B. Dusch- und Badewasser - im Kanal hat ganzjährig Temperaturen zwischen

10 und 20 Grad Celsius, verläuft quasi direkt unter unseren Füßen und ist als kostenlose Energiequelle nahezu immer verfügbar.“

Abwasser als Energiequelle für das Historische Zentrum

Auch Bürgermeisterin Ursula Schulz, Sprecherin der SPD-Ratsfraktion im Kulturausschuss, zeigt sich erfreut über die Pläne des GMW: „Dass gerade das Historische Zentrum als erstes städtisches Gebäude in Wuppertal von dieser innovativen Technologie profitieren soll, ist ein tolles Signal für die Erneuerungen, die das Historische Zentrum jüngst erfährt.“

Umweltfreundliche Energiequelle mit Einspar-

effekt

„Berechnungen zufolge könnte etwa ein Viertel des Energiebedarfs der Gebäude über das Abwasser gedeckt werden“, stimmt Frank

Lindgren abschließend zu. „Schön, dass sich das Gebäudemanagement der Stadt Wuppertal für diese neue, umweltfreundliche Art der Energienutzung einsetzt.“



Nicht nur schmutzig: Die Wärme aus Abwässern kann sinnvoll genutzt werden. © fotolia.de

„energie gewinnt“ ist ein Gewinn für alle

„Die geplante Fortführung des Energiesparprojekts ‚energie gewinnt‘ an Wuppertaler Schulen so-



„Der Letzte macht das Licht aus.“ Regeln wie diese helfen den Schülerinnen und Schülern Energie einzusparen.

wie die Einführung des Projekts im Rathaus Barmen und im Verwaltungshaus Elberfeld begrüßen wir ausdrücklich“, erklärt Frank Lindgren, umweltpolitischer Sprecher der SPD-Ratsfraktion, zwei entsprechende Beschlussvorschläge der Verwaltung.

Richtige Anreize zum Energiesparen gesetzt

Seit 2011 werden Schülerinnen und Schüler, Lehrerinnen und Lehrer sowie Hausmeister mit Hilfe des Projekts motiviert, sparsam und verantwortungsvoll mit den Ressourcen Energie und

Wasser umzugehen. „Das Ergebnis kann sich sehen lassen“, führt Frank Lindgren weiter aus. „Seit dem Start des Programms haben die Wuppertaler Teilnehmerinnen und Teilnehmer 2.875 Tonnen CO₂ vermieden und knapp eine Million Euro eingespart. Zieht man die Aufwendungen der Verwaltung ab, bleibt ein sattes Plus von 225.658 Euro übrig, das Projekt trägt sich also komplett selbst. Und am Allerwichtigsten: Für die Jugendlichen und Kinder wird ein verantwortungsvoller Umgang mit Wasser und Energie selbstver-

ständig, sie werden für diese wichtigen Zukunftsthemen sensibilisiert und können das Engagement auch in den privaten Bereich hineinbringen.“

Fortführung und Weiterentwicklung des Projekts richtig und sinnvoll

„So ein sinnvolles und erfolgreiches Projekt darf nicht einfach auslaufen. Schön, dass die Verwaltung die Vorschläge macht, das Projekt unbefristet fortzusetzen und zusätzlich die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Stadtverwaltung bei dem Thema mitzunehmen“, ergänzt Frank

Liebe Leserinnen, liebe Leser,

Wuppertal ist digitale Modellkommune. Die Stadt wurde vom Land NRW mit vier weiteren Städten bzw. Regionen vom Land für das Projekt „Digitale Modellkommunen“ ausgewählt. Während des Förderzeitraums von vier Jahren wurden hierfür insgesamt 91 Millionen Euro bereitgestellt. Eine beachtliche Summe, mit der auch beachtliche Herausforderungen angegangen werden sollen. Dieses Modellprojekt orientiert sich zunächst an dem Thema Digitalisie-

rung in den Kommunen, also den Verwaltungen selbst. Dass hiermit ein Stück weit auch der digitale Wandel außerhalb der Kommunen bewegt wird, erklärt sich von selbst.

Viel wird in unserer Zeit über den Weg der Digitalisierung und der Veränderungen, die sie mit sich bringen wird, philosophiert, spekuliert und auch fabuliert. Fest steht, dass die Digitalisierung mit Hochtouren alle Bereiche des menschlichen Zusammenlebens verändert. Manche Wup-

pertalerinnen und Wuppertaler empfinden einige dieser Entwicklungen positiv, die von anderen negativ wahrgenommen werden. Über diesen Umstand kann man sich grämen oder auch nicht. Wer, wie die Sozialdemokratie, den Anspruch hat, die Lebenswirklichkeit der Menschen auf der Grundlage der Werte der Sozialdemokratie Freiheit, Gleichheit und Solidarität positiv zu gestalten, muss auch weiter den digitalen Wandel gestalten. Ein Zurück gibt es auch hier nicht. Wir möchten aber

Sorge dafür tragen, dass dieser Wandel gerecht und damit sozial ausgestaltet wird.



Herzlich Ihr
Klaus Jürgen Reese.

Die SPD-Ratsfraktion Wuppertal wünscht Ihnen Frohe Ostern!



„Die Roten find' ich besser!“